

Die Zimmei

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmei“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brabekestr. 2-3.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer treue zum Ganzen und lassst Du selber dein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Die Unternehmerorganisationen der deutschen feinkeramischen Industrie.

Die Unternehmer der deutschen Wirtschaft haben bekanntlich das Weltgebot: Organisiert euch! besser erfüllt als die Arbeiter. Sie schufen sich einheitliche Organisationen und machten unter sich keine Unterschiede religiöser oder politischer Art, wie es auf der Arbeiterseite zu deren Schaden geschah. Die Unternehmer erkannten dennoch den Wert der einheitlichen Macht besser. Wie die Unternehmer im allgemeinen, so schlossen sich auch die unserer feinkeramischen Industrie zusammen, um ihre Interessen zu wahren. Es wird angebracht sein, der organisierten feinkeramischen Arbeiterschaft einmal zu zeigen, in was für Gemeinschaften ihre wirtschaftlichen Gegner sich zu den verschiedensten Zwecken zusammengeschlossen haben. Die Spitzenorganisation nennt sich:

Verband Keramischer Gewerbe in Deutschland G. V., Berlin.

Die Leitung dieses Verbandes liegt in den Händen der Arbeitgeber der deutschen feinkeramischen Industrie, und sein Geschäftsführer ist Herr Dr. Franz Warkke, Berlin. Als Zweck ist angegeben: Die Wahrnehmung aller gemeinsamen Interessen der feinkeramischen Industrie in den sie berührenden wirtschaftlichen Angelegenheiten. Der Verband hat auch eine Unterabteilung, und zwar die „Deutsche Keramische Gesellschaft“ (technisch-wissenschaftliche Abteilung des Verbandes Keramischer Gewerbe in Deutschland G. V.), Berlin-Halensee. Demnach geht aus diesem Zusammenhang hervor, daß selbst die damit verbundenen staatlichen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Kräfte unter dem einseitigen Einfluß der Unternehmer der feinkeramischen Industrie stehen. Die Unternehmer unserer Industrie haben eben auch die Auffassung, sie allein seien die Industrie, und nur sie allein hätten die Interessen dieser zu wahren in den sie berührenden wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Arbeiterschaft ist sonach in den Augen der feinkeramischen Industriellen kein Faktor in der Industrie, und doch steht fest, daß ohne die Arbeiter die Industrie nichts ist. Die wahren Träger der feinkeramischen Industrie werden noch manchen Kampf ausfechten müssen, ehe sie ihre verfassungsmäßigen Rechte der Gleichberechtigung in allen Wirtschaftstragen errungen haben, wenigstens soweit staatliche Gemeinschaften und Institute in Frage kommen.

Daß die keramischen Gewerbe in Deutschland auch sonst nur von Arbeitgeberorganisationen repräsentiert werden, ergibt sich aus den Mitgliedern des genannten Verbandes. Ihm gehören an:

- Verband Deutscher Porzellangeschirrfabriken G. m. b. H., Berlin.
- Verband Deutscher Fabriken für Gebrauchsz-, Bier- und Kunstporzellan G. m. b. H., Weimar.
- Verband Deutscher Elektrotechnischer Porzellanfabriken G. V., Berlin.
- Bereinigte Hochspannungsisolatorenwerke G. m. b. H., Berlin.
- Verband Deutscher Keramischer Malereien G. m. b. H., Berlin.
- Bereinigte Steingutfabriken G. m. b. H., Neuhaßleben.
- Bereinigung Deutscher Spülwaren- und Sanitätsgeschirrfabriken G. m. b. H., Neuhaßleben.
- Verband Deutscher Kachelofenfabrikanten, Meißen.
- Verband Deutscher Wandplattenfabrikanten, Windsheim.
- Mosaikplattenverband, Bad Berka.

Diese Verbände und Vereinigungen sind, wie ihre Benennung deutlich erkennen läßt, Kartelle für die einzelnen Branchen der feinkeramischen Industrie, die in diesem Falle auch Betriebe der Kachelofen- und Mosaikplattenindustrie umfaßt. Nicht einbezogen sind also die Ton-, Steingut-, Steatit- und Magnesit- und Töpfereindustrie.

Der Verband Deutscher Porzellangeschirrfabriken

Es wohl das geschlossenste Gebilde der feinkeramischen Industrie in Form eines Kartells und hat fast alle Porzellangeschirrfabriken in sich vereinigt; am Beginn des Jahres 1925 zählte er 115 Betriebe als Mitglieder. Sein Gründungsjahr ist 1900. Er überwand in den fünfundsiebenzig Jahren alle Schwierigkeiten, die ihn bedrängten, und hat sich so stark gefestigt, daß er den Händlern und sonstigen Abnehmern seine Bedingungen einfach diktieren kann. Als Ziel stellte er sich:

- a) Festlegung angemessener Verkaufspreise im In- und Ausland für Gebrauchsz-, Bier-, Kunst- und technisches Porzellan aller Art durch Vereinbarung von Mindestpreislagen, Kalkulationsnormen und Beziehungsziffern, sowie durch Zuordnung der Mitglieder zu verschiedenen Preisklassen;
- b) Durchführung allgemeiner Verkaufs- und Zahlungsbedingungen für das In- und Ausland;
- c) Regelung des Verkaufs der als Bruch bezeichneten geringsten Sorte einschließlich der völligen Uebernahme des Verkaufs im Inland durch den Verband;
- d) Stellungnahme zu den außerhalb des Verbandes stehenden Gewerbetreibenden der Porzellanindustrie und zu anderen Verbänden der feinkeramischen Industrie im In- und Ausland, Betätigung an allen Organisationen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen wie der Verband Deutscher Porzellangeschirrfabriken, oder deren Unterstützung;
- e) Vertretung von Beziehungen zu den Kunden und deren Organisationen, Kreditbank;
- f) Schutz des geistigen Eigentums der Mitglieder, Förderung des keramischen Bildungs- und Forschungswesens;
- g) Stellungnahme zu den Arbeitnehmern und ihren Organisationen;
- h) Versicherungswesen;
- i) Bestimmung von Vertragsstrafen für Verletzungen der Statuten und Gesellschaftsbeschlüsse und Regelung des schiedsgerichtlichen Verfahrens und seiner Zuständigkeit.

Seine Untergruppen sind: Verband Bayerischer Porzellan-Industrieller, Thüringer Bezirksvereinigung des Verbandes Deutscher Porzellangeschirrfabriken und Verband Ostdeutscher Porzellanfahriken.

Der Verband der Fabriken für Gebrauchsz-, Bier- und Kunstporzellan

kann noch nicht auf eine so lange Tätigkeit zurückblicken wie das vorher genannte Kartell, denn er hatte große Schwierigkeiten unter seinen Interessenten zu überwinden, weil die Betriebe zu große Unterschiede in ihren Artikeln aufwiesen. Er vereinigt die Fabriken für Bier- und Kunstporzellan, Orientartikel, Kiefernköpfe, Puppenköpfe, Spielwaren, Salbentrufen, Thüringer Artikel und aufgelegte Tassen. Aber alles Entgegenstehende und manche persönliche Zwietracht wurde überwunden. Gegenwärtig gibt es nicht mehr viel Außenleiter, die auf den Kartellschub verzichten. Gerade den Werken dieses Verbandes brachte der Kartellschutz außerordentlichen Nutzen. 128 Werke gehörten ihm zu Beginn des Jahres 1925 als Mitglieder an. Seine Zwecke hat er in folgenden Punkten zusammengefaßt:

- a) Die Wahrnehmung der Interessen gegenüber den Behörden;
- b) die Erzielung angemessener Verkaufspreise und allgemeiner Verkaufs- und Zahlungsbedingungen für das In- und Ausland;
- c) die Einführung von Maßnahmen zur Verhinderung einer Ueberschüttung;
- d) die Wahrnehmung der Urheberrechte;
- e) die Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen, soweit dies nicht durch den Arbeitgeberverband der feinkeramischen Industrie geschieht.

Der Verband deutscher Porzellangeschirrfabriken und der Verband der Fabriken für Gebrauchsz-, Bier- und Kunstporzellan haben seit 1921 einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen und sind damit zu einer Interessengemeinschaft gekommen, die schließlich zu noch engeren Verbindungen führen wird. Ein großer Teil Betriebe ist Mitglied in beiden und auch noch in anderen genannten Kartellen, je nachdem, was er für Artikel produziert.

Der Verband Deutscher Elektrotechnischer Porzellanfabriken schloß mit den Vereinigten Hochspannungsisolatorenwerken einen Interessengemeinschaftsvertrag. Die Bedeutung dieses Kartells liegt mehr bei den Hochspannungsisolatorenwerken, die eine Syndikatsorganisation haben, d. h. die Angebote und Aufträge sowie Lieferungen werden von einer Zentrale getätigt und auf die einzelnen Werke nach Kontingenten verteilt. Diese Vereinigung war vor Jahren einmal fast so eng gegliedert wie die vorher genannten Kartelle; als jedoch die Krise einsetzte, splittierten eine Anzahl Fabriken für Hochspannung ab, die als Außenleiter stark die Verkaufspreise brühten, natürlich auf Kosten der Arbeitslöhne. Dadurch wurde das Kartell fast gesprengt und wirtschaftlich bedeutungslos.

Der Verband Keramischer Malereien

ging mit dem Verband Deutscher Porzellangeschirrfabriken und dem Verband Deutscher Fabriken für Gebrauchsz-, Bier- und Kunstporzellan Alltagsverträge ein und schloß sich damit den Bestimmungen an, die letztere in ihren Satzungen niedergelegt haben. Ihm gehören 170 Mitglieder an.

Der Verband Deutscher Steingutfabriken

hat sich von seinem Niedergang im Jahre 1924 noch nicht ganz erholt. Er ist schon zweimal, im Jahre 1911 und 1924, reorganisiert worden und kann die Festigung wie die Verbände der Porzellanindustrie nicht aufweisen. Als Zweck gibt er an: Regelung des Absatzes der Steingutfabrikation der Gesellschaften, sowie die Ein- und Durchführung gemeinschaftlicher Einrichtungen zur Verhinderung ungesunden Wettbewerbs, Erstreben auskömmlicher Verkaufs- und Zahlungsbedingungen, gemeinsamer Einkauf und Verkauf von Erzeugnissen der Steingutfabrikation. Nur 18 Mitglieder gehörten ihm zum Jahresbeginn an, die sich jedoch inzwischen vermehrt. Dieses Kartell und das für Hochspannung stehen während der Krisenzeit erkennen, daß sie den Stürmen in der Wirtschaft nicht zu trotzen vermöchten.

Die Vereinigung Deutscher Spülwaren- und Sanitätsgeschirrfabriken

ist prozentual am besten mit organisiert und hat alle bedeutenden Werke erfaßt, darunter sogar ein böhmisches.

Ueber die Verbände der Kachelofenfabrikanten, der Wand- und Mosaikplattenwerke noch Angaben zu machen erübrigt sich. Aber die mit uns in Vertragsverhältnis stehende Arbeitnehmerorganisation, der

„Arbeitgeberverband der Deutschen feinkeramischen Industrie“ mit dem Sitz in Berlin muß noch genannt werden. Vor-sitzende dieses Verbandes sind die Herren Direktor Graub, Stadtlengsfeld, und Direktor Dreile, Breslau; Geschäftsführer Dr. Franz Warkke. Sie vertreten 272 Mitglieder. Der Zweck des Verbandes besteht darin: Wahrung der Rechte und Interessen der Verbandsmitglieder im weitesten Umfange in ihrer Stellung als Arbeitgeber. Die Unterabteilungen des Verbandes sind die Gauen: Nord- und Ostdeutschland, Schlesien-Sachsen, Thüringen-Nord, Thüringen-Süd, Bayern, West- und Süddeutschland.

Damit ist unserer Kollegenschaft ein Bild von den Organisationen unserer feinkeramischen Unternehmer gegeben, deren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft, den Staat und den Markt noch in anderen Abhandlungen beleuchtet werden wird.

Die Armen zuviel, der Besitz zu wenig.

Am 30. September ist die Hälfte des Steuerjahres 1925/26 abgelaufen. Aus den Ausweisen des Reichsfinanzministers ergibt sich, daß das Reich in sechs Monaten rund eine halbe Milliarde mehr an Steuern und Abgaben eingenommen hat, als im Voranschlag vorgesehen war. Wir geben die ganze Entwicklung in großen Zügen durch folgende Aufstellung wieder:

Vom 1. April bis Voranschlag für
30. Sept. 1925 1. 4. bis 30. 9. 1925
(in Millionen Reichsmark)

Gesamteinnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben . . .	3584	8171,5
Davon sind:		
Fortdauernde Steuern . . .	2572,8	2831,5
Einmalige Steuern . . .	24,4	83
Verpfändete Rölle und Ver- brauchsabgaben . . .	952	712,6
Anderer Rölle u. Verbrauchs- abgaben . . .	64,1	44,7

Die Mehreinnahmen betragen also für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1925 412,5 Millionen Mark. Es ist also in einem halben Jahr fast eine halbe Milliarde mehr an Steuern und Zöllen aus der Wirtschaft herausgeholt worden, als beabsichtigt war. Was das für eine Wirtschaft, die unter Knappheit an flüssigen Mitteln leidet, bedeutet, liegt auf der Hand.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man feststellt, aus welchen Steuern die Mehreinnahmen gezogen worden sind. Wir geben darüber folgende Zusammenstellung:

Es erbrachte mehr:	Es erbrachten weniger:
Einkommensteuer, insbesondere:	Vermögenssteuer . . . 107 Mil.
Rohnabzug . . . 335 Mil.	Körperschaftsteuer . . . 57 "
Umsatzsteuer . . . 80 "	Erbsteuern . . . 4 "
Verkehrssteuer . . . 88 "	Wörstumssteuer . . . 22 "
Rölle . . . 88 "	Schlagsteuer . . . 17 "
Zabaksteuer . . . 44 "	
Zuckersteuer . . . 52 "	
Weinsteuer . . . 57 "	

Man muß wissen, was diese Zahlen bedeuten. Die Steuern, die mehr erbracht haben, als vorgesehen war, sind Steuern, die durchweg von den Massen aufgebracht werden müssen; sie belasten, wie z. B. die Rölle, der Rohnabzug und die Umsatzsteuer, vor allem die Lebenshaltung des Arbeiters, Beamten und Angestellten. Wie hart hier der Steuerdruck war, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß sie 20 bis 30 Proz. über den Voranschlag hinaus an Erträgen einbrachten. Dagegen weisen die Steuern, die den Besitz treffen sollen, so z. B. die Vermögenssteuer, Körperschaftsteuer, Einkommensteuer der Erwerbsgesellschaften, durchweg in dererträge auf. So erbrachte z. B. die Vermögenssteuer fast 6 Proz. weniger, als man erwartet hat. Durch die überhöhten Tarife und Sätze für die Steuern, die die Massen aufbringen, sind die Vermögen der Armen in unerhörter Weise zur Steuerleistung herangezogen worden, während man den Besitz gespart hat. Die Massen haben tatsächlich durch Rohnabzug, Umsatzsteuer, Rölle und Verbrauchsabgaben die Ausfälle der Steuern von Vermögen und Besitz gedeckt.

Es ist selbstverständlich, daß schon in aller nächster Zeit diesen Tatsachen, die ein Stalbal erster Ordnung sind, durch eine Revision der Tarife und Sätze Rechnung getragen werden muß. In Frage kommt vor allen Dingen eine Erleichterung in der Lohnabzugssteuer und die Befreiung der Umsatzsteuer; außerdem muß der Forderung nach Herabsetzung der autonomen Rölle und der Verbrauchsabgaben Rechnung getragen werden. Durch die gegenwärtige Steuerpolitik, die wir schon bei Beratung der Steuergesetze im Frühjahr dieses Jahres als Verbrechen gekennzeichnet haben, wird ohne Zweifel gerade die Kaufkraft der Massen, die die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist, weiter gedroht. Schon im Interesse der Behebung der Wirtschaftskrise muß das Steuerrecht endlich aufgehoben.

Die Brotpreiserhöhung von hinten her.

In den letzten Monaten sind die Getreidepreise infolge der außergewöhnlich guten Ernte und trotz der deutschen Agrarpolitik auch in Deutschland ganz bedeutend zurückgegangen. Der Roggenpreis hat sich pro Tonne um 70 bis 80 M., und der Weizenpreis pro Zentner um 10 M. gesenkt. Dagegen blieb der Brotpreis so gut wie unverändert. Allerdings hat sich die Regierung im Rahmen ihrer berückichtigten Preislenkungsaktion mit dieser Angelegenheit beschäftigt, d. h. sie setzte sich mit den diversen Bäckereimeistern und Ehrenobermeistern aus dem Bäckergewerbe zusammen und ließ sich von diesen Gelegenheiten üblichen blauen Dunst vormachen. Man einigte sich denn auch dahin, daß die Bäckereimeister dem gesunkenen Getreide- und Weizenpreis durch Erhöhung des Brotpreises Rechnung tragen sollten. Von einer Senkung des Brotpreises aber, die dem Käufer erst eine Kontrolle über die tatsächlich vorgenommene Preislenkung gegeben hätte, sah man unbegründeterweise ab. So hatte man mal wieder so getan, als ob man täte. Da aber nun jeder Käufer nicht eine Waage hat, um nachprüfen zu können, inwieweit das ihm verkaufte Brot das vorgeschriebene Gewicht hat, öffnete die vorgenommene Regelung ohne Zweifel dem Betrug Tor und Tür. Wir haben denn auch diese Art von Preislenkung sofort als faulen Hauber bezeichnet und die Bäckereimeister im ganzen Reich haben auch durchweg nicht im Traum daran gedacht, die Preislenkung durch Erhöhung des Brotpreises vorzunehmen.

In Wirklichkeit taten sie etwas ganz anderes. Sie nahmen eine Brotpreiserhöhung von hinten herum vor. Die Berliner Polizei hat nämlich in 2000 Bäckereien Stichproben vorgenommen, um festzustellen, inwieweit das Brot, der Regelung entsprechend, das vorgeschriebene Gewicht habe. Das Ergebnis dieser Stichproben ist einfach niederschmetternd. In 550 Fällen ergab sich ein Mindergewicht des Brotes und der Schrippen (Bröckchen) in Höhe von 20, 25 und 30 und mehr Prozent, d. h. die Bäckereien haben, just zur selben Zeit, als man sich im Lande mit der Preislenkung brüstete, stillschweigend eine ganz

empfindliche Preiserhöhung vorgenommen. Dieses Vorgehen ist um so unerhörter, weil die Bäckermeister in letzter Zeit fast überall in der Qualität schlechteres Brot liefern und vor allem reichlich nach backen. Die Öffentlichkeit wird so von den ehrbaren Bäckermeistern regelrecht betrogen und betrogen. Außerdem zeigen diese Tatsachen, in welchem Maße die deutsche Gesellschaft heute demoralisiert ist. Daran ist die Regierung nicht ganz unschuldig. Wenn sie in dem speziellen Fall der Brotpreiserhöhung den Betrag durch die vorgenommene unzulässige Regelung begünstigt und sozusagen angelastet hat, so hat sie durch ihre skandalöse Preispolitik, die den überhöhten und Wucherpreis zur Regel machte, eine Verhöhnung und Demoralisierung gefördert, wie sie erschreckend aus den Manipulationen der betrügerischen Bäckermeister spricht.

Beschlüsse des 12. deutschen Gewerkschaftskongresses.

Von den Beschlüssen des 12. deutschen Gewerkschaftskongresses brachten wir schon einen wesentlichen Teil. Diesmal bringen wir die Entscheidung über „die Organisationsfrage“ zum Ausdruck, die wir unseren Mitgliedern zum Studium besonders empfehlen. Die weiteren Entschlüsse zum Sozialgesetzgebung, zum Reichshandwerkesgesetz, zur Wochenruhe, zur Wohnungsfrage, zur Heimarbeit, zur Frage der Berufsschulen, zum Berufsausbildungsrecht, zur Genossenschaftsbewegung, betreffend die Mitgliedschaft der AGG und der Genossenschaftsbetriebe in Arbeitgeberverbänden, zur „Vollzeitsfrage“ sind in der „Gewerkschaftszeitung“ nachzulesen.

a) Entschliessung zur Organisationsfrage.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands weist erneut auf die Notwendigkeit hin, daß die dem Bund angeschlossenen verwandten Berufsorganisationen zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinfachung der gesamten Organisation sich zu Industrie-verbänden zusammenschließen.

Der Kongress erkennt an, daß seit dem Beschluß von Leipzig im Jahre 1922 der Zusammenhalt und damit die Konzentration der Gewerkschaften gute Fortschritte gemacht hat. Er erblickt in der freiwilligen Verschmelzung der Verbände die beste Entwicklungsmöglichkeit auch in der Zukunft und beauftragt den Bundesvorstand, auf Grund der neuen Bundesfassung die Industrieorganisation nach Möglichkeit zu fördern.

Im Hinblick darauf, daß in gewissen Industrien durch selbstständiges Vorgehen einzelner Verbände bei Lohnbewegungen Nachteile und Schädigungen für andere Verbände oder deren Mitglieder entstanden sind, verpflichtet der Kongress sämtliche dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften nachdrücklich zur strikten Befolgung der hierfür geltenden Vorschriften der Bundesstatuten. Insbesondere der folgenden:

1. Bei Lohnbewegungen, die mehrere Gewerkschaften umfassen oder in ihrem Verlauf voraussichtlich in Miteinbeziehung ziehen können, ist es Pflicht der beteiligten Gewerkschaften, sich rechtzeitig vorher gegenseitig zu verständigen oder über deren Durchführung zu einigen.

2. Bei gemeinsamen Lohnbewegungen in solchen Industrien, in denen Mitglieder mehrerer Verbände beschäftigt sind, obliegt die Führung der Bewegung der mit der Mehrheit der Mitglieder beteiligten Gewerkschaft.

3. Treten nur die Angehörigen eines Berufs für sich allein in eine Lohnbewegung, so hat deren Verband rechtzeitig vorher die führende Organisation in Kenntnis zu setzen, um eine Verständigung unter den beteiligten Verbänden herbeizuführen. Da bei jeder Teilbewegung, besonders bei einem Teilstreik, die Gefahr besteht, daß die Gesamtheit der Beschäftigten mit hineingezogen wird, ist es unbedingte Pflicht jeder Berufsgruppe, bei ihrem Vorgehen auf die übrigen Organisationen und die Interessen der Gesamtheit Rücksicht zu nehmen.

4. Keine Gewerkschaft darf selbständig für sich allein ihre Forderungen aufstellen, ehe sie nicht mit den übrigen beteiligten Verbänden eine entsprechende Verständigung versucht hat.

5. Lehnt die führende Organisation die Unterstützung eines nicht genehmigten gemeinsamen Streiks ab, so dürfen auch die anderen mitbeteiligten Gewerkschaften keine Unterstützung leisten.

6. Läßt eine Berufsgruppe es an der gebührenden Rücksichtnahme auf das Interesse und die Stellung der Mehrheit fehlen, so kann sie nicht verlangen, daß ihr gegenüber Solidarität geübt wird.

Der Kongress erinnert ferner an die geltenden Vorschriften über die notwendige Beschränkung bei der Zusammenfassung der Verhandlungskommissionen sowie bei dem Abschluß und der Unterzeichnung von Tarifverträgen. Zudem der Kongress

demgegenüber auch die festgelegten solidarischen Pflichten der führenden Organisation in die Erinnerung ruft, spricht er die bestimmte Erwartung aus, daß durch allseitige Beachtung dieser Bestimmungen seitens der Verbände und der Gesamtheit ihrer Mitglieder in Zukunft Schädigungen einzelner Gewerkschaften oder deren Mitglieder vermieden werden. Der Bundesvorstand wird beauftragt, Verstößen hiergegen mit den klagensmäßigen Mitteln entgegenzutreten.

Der Kongress spricht endlich aus, daß neben der notwendigen Stärkung der Einzelverbände und neben der Förderung der Industrieorganisation die stärkste Konzentration der deutschen Gewerkschaften in der Geschlossenheit und starken Macht des ADGB zu erblicken ist. Die Einigkeit des Bundes an wahren und seinen Einfluß zu vergrößern, ist die Pflicht aller angeschlossenen Verbände und jedes Gewerkschaftsmitgliedes.

Der Kongress ruft die Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Land, insbesondere auch die Jugend hiermit auf, durch zahlreichen weiteren Beitritt die Gewerkschaften zu stärken. Angehörige des allseitigen Aufstiegs des vereinigten Unternehmertums auf die Rechte und Interessen der Arbeiterschaft müssen alle, die bisher noch fernstanden oder sich zurückgezogen

Nur die statutengemäße Beitragszahlung sichert die Mitgliedsrechte.

haben, in solidarischer Plichterfüllung ihren Platz in den Gewerkschaften finden. Dann werden die Verbände und der Bund den schweren Kampf um die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der gesamten Arbeiterklasse um so erfolgreicher führen können.

b) In Verbindung mit der Entschliessung zur Organisationsfrage wurden folgende Satzungsänderungen beschlossen:

§ 2. Folgenden Absatz anzuheben:

Jeder dem Bund angeschlossene Gewerkschaft hat den gleichen Anspruch auf den Schutz und die Hilfe des Bundes.

§ 4. Diesen Paragraphen zu streichen und dafür zu setzen:

Jeder Verband hat die Pflicht, alle in den Berufszweigen seines Organisationsgebietes beschäftigten Ungelernten und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen neben den gelernten Facharbeitern als Mitglieder aufzunehmen.

§ 5. Diesen Paragraphen zu streichen und dafür zu setzen:

In der Regel gilt als Organisationsgebiet eines Verbandes jeweils ein Industriegebiet, z. B.: Bergwerke, Bergbau; Graphische Gewerbe; Holz- und Schnitzstoffindustrie; Land- und Forstwirtschaft einschließlich Weinbau; Lebens- und Genussmittelindustrie; Leder herstellende oder verarbeitende Industrie; Metallindustrie einschließlich Schmiedgewerbe; Textilindustrie; Transport, Verkehr und öffentliche Betriebe und Verwaltungen.

Da die einzelnen Industriegebiete vielfach ineinanderfließen, mit der fortschreitenden Technik und dem Wechsel der Produktionsarten auch Veränderungen unterworfen sind, können die Organisationsgebiete nicht schematisch abgegrenzt werden. Die Abgrenzung muß deshalb jeweils durch Vereinbarung der in Frage kommenden Zentralverbände erfolgen.

§ 6. Zum Zwecke möglicher Verstärkung der gesamten Gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinfachung der gesamten Organisation ist anzustreben, daß die einzelnen Berufsgruppen sich zu Industrieverbänden zusammenschließen. Für die Richtung des Zusammenschlusses ist die Zusammengehörigkeit der einzelnen Berufsgruppen oder Gruppen der gleichen Industrie maßgebend. Im Zweifelsfalle ist die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen.

Solange in einem Industriegebiet noch mehrere Verbände für die verschiedenen Berufe bestehen, haben sie die Pflicht, gegenseitig durch Kartellverträge ein förderliches Nebeneinander- und Zusammenwirken zu sichern und alles zu vermeiden, was einen späteren Zusammenschluß zum Industrieverband erschweren könnte.

Namens- und Satzungsänderungen einzelner Verbände, die dazu führen könnten, ihr Organisationsgebiet einseitig zu ihren Gunsten zu erweitern, sind ohne Zustimmung des Bundesvorstandes nicht statthaft.

§ 7. Diesen Paragraphen zu streichen und dafür den bisherigen § 6 zu setzen.

c) Der Antrag 62 der Vorlage (Organisationsentwurf Dittmann und Genossen) wurde dem Bundesvorstand als Material überwiesen.

Aushändigung der Papiere bei der Entlassung.

Von H. F. E. l b m a n n, Neubalzenleben.

Nicht selten kommt es vor, daß ein Arbeitgeber sich weigert, bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses dem Arbeitnehmer die Entlassungspapiere auszuhändigen. Die Weigerung ist teilweise darin begründet, daß die Papiere nicht in Ordnung sind, also Invaliden- und Steuermarken nicht geklebt sind, zum anderen Teil aber auch darin, daß der Arbeitgeber sich berechnen will, bei fristlosem Lösen des Arbeitsverhältnisses die Papiere zurückhalten zu können. Der Arbeitnehmer ist nicht rechtig, weder in dem einen noch in dem anderen Falle, Papiere einzubehalten. Er haftet folgebessert auch für Schäden, der dem Arbeitnehmer dadurch entsteht, daß wegen Fehlens der Papiere keine andere Arbeit annehmen kann. Soweit die Invalidenrente in Frage kommt, sagt § 1 der AGG darüber folgendes:

„Niemand darf eine Leistungskarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten. Dies gilt nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Unteraufschusses, Verrechnung, Uebertragung, Beitragsüberwachung oder beim Einigungsverfahren zurückbehalten.“

Der Arbeiter dieser Vorschrift zuwider zurückbehalten, ist der Berechtigten für Nachteile hieraus verantwortlich. Die Polizeibehörde nimmt die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus.“

Der Inhaber der Leistungskarte ist der, auf dessen Namen sie lautet. Keiner darf sie gegen seinen Willen zurückbehalten. Wenn eine amtliche Stelle die Leistungskarte aus irgendeinem Grunde eingezogen hat, dann stellt dieselbe auf Verlangen eine Nachleistung darüber aus. Behält der Arbeitgeber die Karte zurück, dann haftet er dem Arbeitnehmer für den Schaden. Die Polizeibehörde ist verpflichtet, auf Verlangen des Arbeitnehmers die Karte einzuziehen und an diesen auszuhändigen.

Rechtlich so liegt es mit dem Steuerbuch. Nach § 40 des Einkommensteuergesetzes ist der Arbeitnehmer verpflichtet, von der Gemeindebehörde seines Wohnortes ein Steuerbuch ausstellen zu lassen. Nach § 51 des E.-St.-G. hat bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung der Arbeitnehmer sein Steuerbuch dem Arbeitgeber vorzulegen. Also auch hier ist der Steuerbuch Eigentümer des Arbeitnehmers.

hat dieser es nur bei der Lohnzahlung dem Arbeitgeber vorzulegen. Wenn, was wohl fast ausschließlich der Fall ist, die Lohn- oder Gehaltszahlung dem Arbeitgeber übergeben wird, zu Beginn des Arbeitsverhältnisses dem Arbeitgeber das Steuerbuch ausgehändigt wird, dann ist dieser zu jeder Zeit verpflichtet, dasselbe auf Verlangen des Arbeitnehmers zurückzugeben. Tut der Arbeitgeber dies nicht und entzieht dem Arbeitnehmer hierdurch Schaden, dann haftet der Arbeitgeber nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts (§ 823 des BGB) für Klagen auf Schadenersatz, welche auf Grund des Verstoßes des Arbeitgebers notwendig werden, ist für Beginn für welche ein Gewerbe- oder Kaufmannsgericht errichtet nach § 4, Absatz 1, Ziffer 4 des GGG oder nach § 5, Absatz 1, Ziffer 4 des GGG dieses zuständig. Wo Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht bestehen, ist das Amtsgericht zuständig.

Außer Invalidenrente und Steuerbuch kann der Arbeitnehmer nach § 119 der Gewerbeordnung, § 73 des GGG oder § 680 des BGB ein Zeugnis vom Arbeitgeber fordern. Das Zeugnis ist bei Beendigung des Dienstverhältnisses bezu. der Abgabe des Arbeitsverhältnisses an diesen auszuhändigen. Aus dem Zeugnis muß die Art und die Dauer der Beschäftigung ersichtlich sein. Auf Verlangen des Arbeitnehmers muß der Arbeitgeber das Zeugnis auch auf Führung und Leistung ausdehnen. Weigert sich der Arbeitgeber, überhaupt ein Zeugnis auszustellen oder es auf Verlangen des Arbeitnehmers auf Führung und Leistung auszuweiten, dann kann der Arbeitnehmer auf Erfüllung klagen. Zuständig ist das Gewerbe- oder Kaufmannsgericht, oder, wo ein solches nicht besteht, das Amtsgericht.

Die Wochenverdienste im Staate New York

Nachfolgende Zahlen sind der amtlichen Statistik des Staates New York über die Wochenverdienste in einer Reihe wichtiger Industrien entnommen. Diese Zahlen beziehen sich auf das ganze Staatsgebiet, 2. auf die Stadt New York, und zeigen für jede der beiden Gruppen die Gesamtverdienste der Beschäftigten (Männer, Frauen und Kinder). Man kann feststellen, daß im Juni 1924 die Verdienste im Durchschnitt 100 Proz. höher waren als im Juli 1914. Im Juni 1924 bis zum Juni 1925 haben die Verdienste in allen Gruppen, mit einer oder zwei Ausnahmen, eine geringe Steigerung erfahren. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Beurteilung dieser Verdienste berücksichtigt werden muß, daß sie festgestellt wurden durch die Teilung der insgesamt bezahlten Wochenlöhne durch die Zahl der beschäftigten Personen, daß also die Einzellöhne Schwankungen aufweisen können.

Kann ein amerikanischer Kapitalist menschlich umgehend reden? In diesem Kapitel, das hier aus räumlichen Gründen nur gestreift ist...

„Ja — wozu sind wir denn organisiert?“ höre ich einzelne fragen.

Mit Bitternis sei die Antwort erteilt! Die deutschen Gewerkschaften haben bisher ihre Zeit, Geld und ihre Kraft in unerhörten, harten Lohnkämpfen aufgeschossen müssen...! Denkt an die Schlägen von Tarif- und Schiedsgerichtsverhandlungen.

Alles um Geld, um Brot, um... zig Pfennige pro Stunde! (Es soll dabei auch noch eine arbeitende Sonne in diesem Planeten geben...) Die wilde Lohnjagd aber tobt unermüdet zur Stunde.

Ein Seitenblick aus der großen Einsamkeit sei noch erlaubt. Da sind viele unserer Mitglieder heute noch in der Kirche und noch immer spielt die Kirche — es sei unumwunden gesagt — eine große Rolle im Leben des religiös denkenden Arbeiters.

Die großen Blicke „Glauben“ und „Wissen“ wagen dazu hier unberührt bleiben. Aber halten wir uns einmal ganz verständig an die vollständigste Lösung der Kirche in dem Christentum: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“

Ich frage meine kirchlichen Arbeitsgenossen: Habt ihr nie in kritischer Stunde empfunden — wie kalt und befremdend die meisten Träger des Priestertums gerade den proletarischen Not den gegenüber stehen...? (Wird bestehen Ausnahmen!) Es ist faumäßig bequem, als Beamter von der Kanzel gegen den Antichristen und den Dämonismus zu wettern und nachher im warmen Pfarrhaus den jugendlichen mit Bibelsprüchen zu trösten. Aber es ist schmerzhaft, unbefähigt, in mühsamer Arbeiterwohnungen zu gehen, um das sammelte Brot und praktische geistige (nicht geistliche) Hilfe zu geben!

Das nebenbei...

Wer löst das Fragezeichen der Arbeitereinsamkeit...?

Der Kultur- oder der Wirtschaftspolitiker?

Es fällt schwer, hier im knappen Rahmen einer der stände beleuchtenden Betrachtung positive Vorschläge machen, ohne den Leser durch düstere Phrasen zu betören. Die, die helfen können, sind die Elaven ihres Lebens. Sie haben kein Gewissen, zumindestens kein Interesse für die „Masse“. Sie kennen alles andere, aber keine proletarische Einsamkeit.

Arbeiter-Einsamkeit.

Komm! Wir wollen dir versprechen Rettung aus dem tiefsten Schmerz: Weiser, Säulen kann man brechen, Aber nicht ein freies Herz! Denn es lebt ein ewig Leben, Es ist selbst der ganze Mann, In ihm wirken Lust und Streben, Die man nicht zermalmen kann.

Goethe.

In einer Mittagsstunde erhängte sich in einem verschwiegenen Winkel unseres Modelledens ein im besten Mannesalter stehender Arbeiter, der eine Stunde vorher einen ahnungslosen Arbeiterkollegen leibweise um einen Strick gebeten hatte, um anschließend seinen Kopf an den Strick zu hängen.

Er war ein ganz vernünftiger, fleißiger Mann, mit einer erstaunlichen Portion robusten Mutterwitz versehen, aber die lebensverderbenden Schatten seines Lebens waren epileptische Anfälle — dunkle Halluzinationen.

Hüftende Hände verpackten eine heiße Stunde lang die Leiche, den Unglücklichen zu retten... „Ihm ist wohl!“ — jemand sehr sachlich, als wir seinen Leichnam zudeckten.

Dieser Scheinbar so lokale, für die Gesamtheit — in der brennenden Vernunft — er gestaltet sich immer wachsender zu einer allgemeinen, erschütternden Massenfrage: Wie ist es mit den Zeitgenossen, die unter Himmel, aber in der Hölle leben, die rein menschlichen Schicksale der sogenannten Selbstmörder — der Freidenker sagt „Freitöter“ — verurteilt und von denen die Statistik mit wüsten Zahlen zu berichten weiß.

Die Zeitungen aller Sprachen tragen frohen von Meldungen über Selbstmorde und Selbstmordversuche. Viele Familien unterdrücken beim Polizeipressenamt die Veröffentlichung, aus internen Schamgründen.

Das Widerwärtige dieser Gesellschaftsordnung zeigt auch hier wie ein flammendes Feuerwerk seine überzeugendsten Reaktionen. Aber ich bin einmal ab von den Liebestragödien und sozialen Ursachen von Lebensmühen der sogenannten oberen Schichten. Wir werden dann erschreckend erkennen, daß die meisten dieser Unglücklichen mehr oder minder durchweg Angehörige des Proletariats (zu dem ich auch den untergegangenen „Mittelstand“ rechne) sind! Und die Motive der Tat, die äußerlichen Motive...? Arbeitslosigkeit — angeblich zu hohes Alter beim Stellungsuchen — Hunger — Krankheit — Familienelend — das alles ballt sich in seiner rauen Not zusammen zu einer furchtbaren Anklage gegen

den rücksichtslosen materiellen, maskinisierten Geist, der gerade heute die europäischen Mächte mehr wie je herausragt!

Noch tragischer aber für ein reifes geistiges Beobachtungsorgan aber sind die tiefinnerlichen Ursachen dieser proletarischen Unglücklichen, denn sie berühren den tiefsten, intimsten Kern jedes menschlichen Erdenwanderers, und wer ihnen geduldlos nachspürt, der kommt zu einer sehr einfachen und traurigen Lösung. Was ist das Rätsel letzte Lösung?

In diesen Unglücklichen steht das Gefühl der Ohnmacht gegenüber allem anstehenden Lebensschmerz, das Verlassenheitsgefühl, die große Einsamkeit!

Draußen in der weiten Welt (was wissen wir von ihren stillen lebenden Schönheiten in Deutschland und überall? — Rußland vielleicht ausgenommen) — da tobt der Sturm der Parlamente und der großen Kaufmannsinteressen. Konferenzen und Jahresversammlungen aller möglichen Menschenfreunde werden abgehalten... — sie brachen Ungetümme von geistvollen Meinungen und Wegweisen.

Der durch viel, viel Stufen der Arbeiterschaft schleichend neben der Not und weiden der Sorge die große Einsamkeit...

Sprechen wir es einmal offen aus: Als Persönlichkeit, als Mensch bemessen ist der Prolet — ob er es weiß oder nicht, — „tödtlich“ — das verlassene Menschenkind! Er ist ja so unwahrscheinlich anpruchslos und unwissend. Wie leicht und fälschlich umgibt er sich mit seiner großen Feiernacht. Die Gesellschaft bietet ihm süßliche Kynost und Operettenkritik — ahnungslos und falsch erregt er die Schale der Verachtung und Oberflächlichkeit. Er glaubt, sich an diesen unwahren Ringen und Operettenlibrettos erfreut und erstickt zu haben. Und er erschräkt — kritisch — wenn er sieht, wie nebenher und nachher ihm der Alltag mit seinen verheerenden Lohnkämpfen entgegenrückt. Konform damit geht auch heute — im Zeichen des Kollapses — im Siegeszug der Technik — die fortwährende Entgeißelung der Arbeit.

Ein amerikanischer Großindustrieller sagte jüngst einem deutschen bürgerlichen Reichstagsabgeordneten folgendes: „Früher hatte ich im Betrieb einige Hundert gut ausgebildete und erfahrene Buchhalter sitzen. Jetzt habe ich nur noch drei wirkliche Buchhalter, alles andere ist in geist- und interesselose Arbeit aufgelöst. Aber es ist nötig so. Es geht nicht anders. Ein Mensch an diesen Buchhaltungsmaschinen tut so viel, wie früher fünf Buchhalter taten (!). Aber eine Tragödie bleibt es doch.“

Verhältnis der Männerlöhne zu den Frauen- und Kinderlöhnen und je nach der Dauer der Arbeitszeit.

Wochenverdienste der Arbeiter in wichtigen Betrieben des Staates New York im Juli 1914, Juni 1924 und Juni 1925:

Industrien	Staat New York			Stadt New York		
	1914	1924	1925	1914	1924	1925
	Dollar	Dollar	Dollar	Dollar	Dollar	Dollar
1. Steine, Keramik und Glas	18,04	20,40	20,22	14,80	16,00	16,70
2. Metalle, Maschinen und Verkehrsmittel	14,26	20,47	20,28	14,49	20,08	20,44
3. Holz	12,08	27,22	27,75	12,48	28,74	28,02
4. Pelze, Leder und Konfektion	11,66	24,07	26,07	12,21	27,45	28,00
5. Chemische Produkte, Öle und Farben	18,17	28,87	28,71	12,92	28,05	27,81
6. Papier	18,44	27,81	28,07	—	—	—
7. Buchdruck u. Papierverarbeitung	15,59	28,01	24,10	16,26	25,02	24,85
8. Textil	9,40	20,09	21,78	9,44	22,08	23,05
9. Kleider, Moden, Wäsche usw.	10,55	22,61	24,29	11,41	26,84	27,72
10. Nahrungsmittel und Tabak	11,50	25,98	26,24	11,56	26,27	26,06
11. Wasser, Beleuchtung und Elektrizität	15,48	28,44	28,90	15,80	28,88	29,42
Durchschnitt:	12,54	27,21	27,94	12,98	28,70	29,87

Will man's soweit treiben?

Der Öffentlichkeit hat sich, als das Ergebnis der polizeilichen Nachforschungen bekannt wurde, ein Sturm der Entrüstung bemächtigt. Mit Recht wurde unter Berufung, daß der deutsche Wirtschaft dadurch ein wertvoller Dienst erwiesen wird, die Schließung der Bäckereien gefordert, die sich des Betruges schuldig gemacht haben. Früher wurde der Brotwucherer an den Pranger gestellt oder in die Hölle geschickt. Mit diesen Maßnahmen bekämpfte man den Wucher und schuf ein leistungsfähiges und ehrliches Handwerk. Heute aber duldet man und begünstigt man Wucher und Betrug, und nennt man das konsequente Mittelstandsproletariat. Die Bürokraten stiften sorgenlos ihre weißen Häupter und überlegen an der Hand von 101 Paragraphen, ob man gegen die betrügerischen Bäckermeister wegen Preistreibern gerichtlich vorgehen soll. Indessen halten die künstlich entzweiteten Bäckermeister Protestversammlungen gegen das „wirtschaftsfeindliche Vorgehen der Polizei“ ab. Ehrenmeister und Ehrenobermeister legen mit dem Wust von geklauter Handwerkswürde der Öffentlichkeit hartnäckig dar, daß die Mindergelehrten geben müssen, um existieren, d. h. um weiter technisch rückständig bleiben und am allabsehbaren Stauamtisch der bekannten Sprüche über die Korruption republikanischer Minister, die hohen Löhne im allgemeinen und die Begehrlichkeit der Bäckergelehrten im besonderen klopfen zu können. Es wurde sogar behauptet, ohne daß dem widersprochen wurde, daß die in Frage kommenden Behörden von dem betrügerischen Vorgehen der Bäckermeister rechtzeitig unterrichtet worden sind. Was dem sein, wie es wolle. Wir stellen nur fest, daß man die Ausführungen der Bäckermeister, die einer Verhöhnung der staatlichen Autoritäten gleichkommen, mit einer leichten Vergessenheit über sich ergehen läßt. Und wenn die ganze Angelegenheit auch schließlich vor die Gerichte kommt, beschränken wir, daß den betrügerischen Bäckermeistern nichts passiert. Dafür wird unsere Justiz schon sorgen. Sie ist auf politischem Gebiet sicher schon ein Standa. Wie sie aber den Verbraucher vor dem Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung schützt — das steht direkt zum Himmel. Betonen die betrügerischen Bäckermeister nun, daß sie den Prozeß mit aller Heizenähe entgegensehen, so sind wir allerdings auch der Auffassung, daß diese Ruhe durch die deutsche Justiz durchaus gerechtfertigt ist.

Wohin soll das aber führen? Lohnforderungen werden heute abgeschlossen, die Wucherpreise sind nicht mehr zu erschwingen. Wucher und Betrug werden im Handel Wohnheim, und Regierung und Justiz versagen den mit der Kunst aller Edelman Ausgebeuteten den Schutz. Dabei stehen wir vor einem sehr strengen Winter mit steigenden Arbeitslosenziffern. Mit Sorge muß man sich fragen, wie lange wir die Dinge noch tragen sollen? Wenn nun die hungernden Massen, von Verweifung gepackt, zum äußersten getrieben werden, wenn die Hungerstreiker fliehen... Meint man dann, mit den Schießprügeln der Schupo der Dinge Herr werden zu können? Will man, um berechnete Wünsche nach Lohnverhöhung und Preislenkung im Blute zu ersticken, nach wieder auf demonstrierende Arbeiter schießen lassen? Es scheint bei uns Kaskadisten zu geben, für die schon lange kein Arbeiterblut mehr geflossen ist, und es ist schon richtig, daß wir gewissenlose Drahtzieher haben, die es gar zu gern sehen, wenn z. B. der sozialdemokratische

lamsleit. Die wenigen guten Kerle, die zupacken wollten, sind einflußlose Teufel.

Der Staat?

Ja, wenn St. Bürokratismus und die Seinen nicht wären. Freunde? Das Proletariat hat keine Freunde! Der Geist der Ziviltät bedrückt durch die Arbeiterbataillone. Die Amsterdamer — die Moskauer.

Die härteste und doch vielen Fremden so unmögliche Lösung ist die, die der Schächer dem gekreuzigten Christus zugehen haben soll: „Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selbst!“

Ja: hilf — dir — selbst...

Ich habe aus erschütternden Selbsterlebnissen beobachtet, daß der größte Teil der Einsamen und Verlassenen die Kraft zur Selbsthilfe eingebüßt hat. Hunger und Enttäuschungen mannigfaltiger Art haben ihren letzten Widerstand schließlich und geistiger Art gebrochen! Keine Worte haben ihre letzten Hoffnungen zertrümmert, sie sind zermürbt. Sie scheuen sich ängstlich, ihre Nöte und ihre heimliche Qual dem sonst so guten Fremden zu offenbaren. Der Tod ist ihr letzter Frieden.

Sie sind die ärmsten und unbeschäftigten Opfer der geldhinterhebenden Zeit.

So bleibt uns Gejundes, Marschenden die letzte wichtigste Pflicht. Die Pflicht — mit einer vertrauensvollen Aussprache, mit einem Fingerzeig, mit stummer Gebärde zu helfen, soweit es unsere Verhältnisse und unsere Erfahrungen lehren. So heißt es für uns, nicht gleich vom fatten Philisterstandpunkt leichtfertig zu urteilen, ohne die Hintergründe zu wissen, die tragischen Umstände, die einen Kollegen in ein Dilemma brachten.

Verstehen lernen müssen wir wohl noch ein vielfaches! Es ist leicht, über einen Schwelgen, Verlassenen zu lästeln...

Aber wie wenig leicht fällt es vielen von uns, die helfende Initiative zu ergreifen, Führung... ihm zu nehmen, sein Vertrauen zu gewinnen, damit er sich aussprechen kann.

Diese mit ungelösten Problemen verstopfte Zeit verlangt ja gerade im täglichen Kleinram von uns Arbeitenden so unendlich viel Sympathie und Verständnis für die geistige Geduld der Arbeiterklasse, für die geistige Kampfmittel-ausrüstung des Proletariats.

So möge uns der bindende Gemeinschaftsgedanke einen immer mehr lebensfähigen Sozialismus lehren. Dazu gehört auch, mit Güte und schlicht helfender Tat der Einsamen, der Verlassenen in unseren Reihen zu gedenken. Ansonsten hätte der Mensch Goethe uns am Anfang dieser Reizen einen toten Ruch gegeben! Klaus R.-a.

Polizeiminister Preußens, Severing, die Sünden einer falschen Wirtschaftspolitik ausbaden und die Schupo auf Arbeiter, aus denen er hervorgegangen ist und zu denen er gehört, schießen lassen muß. Man hätte so — die verhassten Arbeiter und der gebaute Severing — zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Will man diesen Weg gehen? Man würde Friedhofstraße in Deutschland schaffen. Aber hinter dieser Ruhe lauert das Chaos und gähnt der Abgrund. Wir überlassen dem Reichsfürstlichen Ruch, auf dessen Gesicht unbegründeterweise noch immer der Schein lüthlicher Locarno-Sonne liegt, ob es im Interesse des Landes liegt, den Weg zur Katastrophe zu gehen.

Wird er sich dahin treiben lassen?

Ordentlicher Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes.

Am 5. Oktober und folgende Tage hielt der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AFL) in Atlantic City seinen ordentlichen Kongreß ab. Dem Tätigkeitsbericht zufolge kann die amerikanische Landeszentrale zum ersten Mal seit fünf Jahren eine Erhöhung der Mitgliederzahl melden, und zwar von 2.865.789 auf 2.878.297. Die finanzielle Lage der AFL ist die äußerst gesunde; die Organisation, die im vergangenen Jahre Einnahmen in der Höhe von 509.702 Dollar verzeichnete, hat keine Schulden und verfügt über einen Vorrat von 213.053 Dollar.

Die Tagesordnung des Kongresses, dem u. a. eine aus 15 Mitgliedern bestehende, zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika weisende deutsche Delegation sowie W. A. Purcell als Vertreter des britischen Gewerkschaftsbundes beizuhören, umfaßte außer organisatorischen Fragen u. a. das Problem der Forschungsarbeit, der Sozialversicherung, des Arbeiterlohnes, der Stärkung der Gewerkschaftsbewegung und der internationalen Beziehungen.

Im Zusammenhang mit der Behandlung der letzten Frage sind hauptsächlich die Ausführungen Purcells und die Antwort des Präsidenten der AFL, Green, von Interesse. Purcell gab in seiner Rede der Hoffnung Ausdruck, daß sich die amerikanischen Arbeiter dem Internationalen Gewerkschaftsbund anschließen, die engsten Beziehungen mit den organisierten Arbeitern Australiens herbeiführen und, wie der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes, Delegierte nach Australien abordnen werden. In seiner Antwort warf Green den Kommunisten vor, daß sie nur Interesse für die Revolution und kein Interesse für sachliche gewerkschaftliche Aktionen zeigten, die der sofortigen Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter an den Tag legen. Es liege keine Revolution in Aussicht, und wenn die Arbeiter auf Revolutionen warten müßten, so würden sie vorher vor Hunger sterben. In Purcell's Antwort fuhr Präsident Green fort: „Der Internationale Gewerkschaftsbund kann Sie mitteilen, daß sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung nie einer Organisation anschließen wird, die Ziele verfolgt, wie sie von der Roten Gewerkschafts-Internationalen proklamiert werden.“

In der Folge nahm der Kongreß einstimmig eine Resolution an, in der die Idee einer Konferenz mit den russischen Gewerkschaften als Schritt zur Weltarbeit abgelehnt wird. In dem Bericht der Kommission, die diesen Punkt behandelte, werden die britischen und die Arbeiter der anderen Länder aufgefordert, „das Recht der nationalen Selbständigkeit zu verteidigen und zu den freien Institutionen ihrer Länder zu stehen“.

William Green wurde in seiner Eigenschaft als Präsident der AFL einstimmig wiedergewählt.

Beseitigung des Reichsarbeitsministeriums?

In der letzten Zeit laufen Nachrichten durch kapitalistische Presse, die eine Zusammenlegung des Reichsarbeits- und Reichsarbeitsministeriums befürworten. „Schließlich sei der Verwaltungsapparat gerade dieser beiden Ministerien so gewachsen, daß eine Verringerung im Interesse der Sparamkeit dringend geboten sei. Ein Weg zur Verringerung der Unkosten soll in der Zusammenlegung gegeben sein. Man merkt die Absicht nur zu genau! Das Reichsarbeitsministerium soll gänzlich beseitigt werden. Gerade die Auseinandersetzungen über die „Altennots“ haben die Tatsachen erkennen lassen, daß den Unternehmern und ihren Freunden ein selbständiges Arbeitsministerium, das seinen Bestimmungen gemäß, dem arbeitenden Volksteil der Nation zu helfen, energisch vorgehen würde, ein Greuel ist. Sie versuchen deshalb die Zügel des Reichsarbeitsministeriums auf dem Wege der Zusammenlegung mit dem Reichswirtschaftsministerium empfehlen. Doch manchmal wird die Beseitigung unverblümt ausgesprochen. So lesen wir in der „Völk. Ztg.“ vom 17. Oktober folgenden Satz: „Wie seinerzeit das Reichsministerium für Übergangsrecht erklärte, daß es seine erste Pflicht darin sehe, so zu arbeiten, daß es möglichst bald überflüssig werde, müßte jetzt das Reichsarbeitsministerium im Zusammenwirken mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen seine Kraft daran setzen, seine Überflüssigkeit in Fragen der Lohnpolitik dadurch zu beweisen, daß es die Basis für eine grundsätzliche Regelung schafft, auf der in Zukunft erfolgreich weiter aufgebaut werden kann.“ In Arbeiterkreisen sollte darüber allerdings kein Zweifel bestehen, daß wenn die beiden Ministerien zusammengelegt werden, der Teil des Reichsarbeitsministeriums, der die Belange der Arbeiterklasse sicher zu kurz kommen. Als viel weniger dringlich notwendig halten wir das Reichsverkehrsministerium, ja die Existenz des Reichsministeriums erscheint uns nicht unbedingt notwendig. Aber das man nicht an diese, sondern an das Reichsarbeitsministerium denken, ist Grund genug, diese „Reform“ mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Wirtschaftliches.

Der Handelsvertrag mit Italien. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien waren bisher nur durch ein Provisorium geregelt und diese vorläufige Regelung läuft Ende Oktober ab. Es ist aber anzunehmen, daß bis zu diesem Termin ein Handelsvertrag mit Italien zustande kommen wird. In den Handelsbeziehungen Deutschlands zu Italien ist seit dem Krieg ein vollständiger Umschwung eingetreten. Italien führt gegenwärtig mehr nach Deutschland aus, als es von diesem einführt. Bei den Handelsvertragsverhandlungen möchte Italien Deutschland, seinen besten Abnehmer für seine landwirtschaftlichen Produkte, nicht verlieren. Es exportiert nach Deutschland 50 Proz. seines frischen Obstes, 40 Prozent der frischen Gemüse, 36 Proz. der Früchte und 30 Prozent der Eier. Andererseits will Italien den inländischen Markt freihalten von ausländischen gewerblichen Produkten. Vor allem die Nahrungsmittel- und Schwerindustrie, die Maschinen- und Werkzeugindustrie, die chemische Industrie und gewisse Teile der Textilindustrie haben sich seit 1914 in Italien ganz außerordentlich entwickelt, und zwar zunächst während des Krieges infolge des Wegfalles der mittel- und westeuropäischen Konkurrenz, nachher hinter außerordentlich hohen Schutzmauern (der Zolltarif von 1921 steht Goldzölle vor, die im allgemeinen 100 Proz. des Exports, bei Eisen- und Stahlwaren sogar 400 Proz. erreichen), schließlich hat auch der Tiefstand der italienischen Lira den Import erschwert, den Export

Italiens begünstigt. Diese junge Industrie ist organisch und technisch gut ausgestattet und arbeitet mit Löhnen, die sehr erheblich unter den deutschen Löhnen bleiben. Die italienischen Reallohne sind am niedrigsten unter sämtlichen Industrieländern. So konnte Italien außer wie bisher die Märkte des Ostens und Südamerikas, jetzt auch noch die des Donaubeckens und Ostasiens erfolgreich besetzen. Verdrängt man außerdem, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie durch den Krieg und den Friedensvertrag beeinträchtigt wurde, so kann man verstehen, wie es nach dem Krieg zu einem vollständigen Umschwung in den Handelsbeziehungen beider Länder gekommen ist. Während früher der deutsche Export nach Italien nahezu das Doppelte des Imports von dort betrug (1913 verhielt sich der Wert der aus Italien nach Deutschland exportierten Waren zum Wert der von Deutschland nach Italien eingeführten Waren wie 100 zu 190), sendet jetzt Deutschland weniger Waren nach Italien, als es von dort bekommt (der Import aus Italien verhielt sich 1924 zum Export dorthin wie 100 zu 96). Und nicht nur ist die italienisch-deutsche Handelsbilanz jetzt für Deutschland passiv geworden, sondern Deutschland ist auch von einem Fertigwarenlieferanten für Italien zu einem Rohstofflieferanten geworden. 1924 führte es nach Italien für 164 Millionen Lire Rohstoffe aus (einschließlich Reparationsrohstoffe), während es zum Beispiel Maschinen und Werkzeuge nur für 212 Millionen Lire, das heißt ein Drittel soviel wie früher exportierte. Ganz besonders die Zellulose- und Nusschalenindustrie wird von diesem Exportrückgang betroffen. Da die Einräumung der Meistbegünstigung von Seiten Italiens die jetzigen extremen Löhne nur unwesentlich erniedrigen würde (um ungefähr 10 Proz.), muß Deutschland von Italien eine bedeutende Herabsetzung der Zölle verlangen, wenn andernfalls die Einfuhr italienischer Erzeugnisse begünstigt soll. Schutzmaßnahmen, wie sie Italien errichtet hat, müssen schließlich zur Unterbindung der Handelsbeziehungen überhaupt führen.

Gewerkschaftliches.

Glasarbeiter. In der Weichglasindustrie sind rund 18.000 Beschäftigte angestellt worden, weil die Weichglasmacher der Niederlande am 31. August in den Streik getreten waren — da die Unternehmer weder minimale Lohnforderungen noch die Forderung auf die achtstündige Arbeitszeit für die Weichglasmacher an den gelten ließen — und auch auf diesem Standpunkt beharrten. Die Weichglasmacher sollen nun durch Hunger gezwungen werden, die Glasarbeit wieder aufzunehmen. Die Glasarbeiter insgesamt unterstützen ihre Kollegen der Weichglasindustrie in ihrer berechtigten Forderung auf den Achtstundentag.

Gewerkschafterverband. Der genannte Verband zählte zum Beginn des 4. Vierteljahres 1925 200.818 Mitglieder. Der Zuwachs seit August betrug 1601 Mitglieder.

Maler. Vor Wochen konnten die Angehörigen des Malerverbandes, der Redakteur Gen. Karl, Hamburg und die Bezirksleiter Gen. Jakob und G. Fuß ihren 60. Geburtstag begehen und wurden geehrt.

Sticker, Tapezierer und Portefeuliker. Am 1. Oktober waren es 25 Jahre, daß deren Redakteur, Gen. Becker, in den Dienst der Organisation trat.

Buchbinder. Der Verband der Buchbinder hatte bei der Abrechnung des 2. Vierteljahres 1925 16.919 männliche und 36.376 weibliche, insgesamt 53.295 Mitglieder.

Genossenschaftliches.

Eine neue Fleischwarenfabrik der GEG. Seit dem Jahre 1921 betreibt die Grobkantons-Gesellschaft (GEG) auf dem Gelände der Fleisch- und Wurstfabrikation ebenfalls Eigenproduktion. Der Eigenart dieser Warengattung entsprechend wurde der Umfang der Eigenproduktion auf die Artikel beschränkt, die ohne Qualitätsbeeinträchtigung eine längere Verfallsdauer an die Konsumvereine im Reich vertragen konnten. Durch die Annahme der Fleischkonferenzenfabrikation steigerte sich der Umsatz weiter, so daß sich bereits im Jahre 1924 die Fleischindustrie in Altona als zu klein erwies. Die Geschäftsleitung der Grobkantons-Gesellschaft mußte sich schon seit längerer Zeit damit beschäftigen, in welcher Weise der gesteigerten Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren Rechnung getragen werden könnte. Anstelle der außerordentlich hohen Kaufkosten wurde der Plan eines Neubaus einer Fleischwarenfabrik zunächst zurückgestellt. Inzwischen wurde der Grobkantons-Gesellschaft eine im Jahre 1923 erbaute, dicht vor den Toren Hamburgs in Elmshorn gelegene Fleischwarenfabrik zum Kauf angeboten. Das Angebot führte zum Kauf. Bereits am 1. Oktober d. J. konnte die neue Fleischwarenfabrik übernommen und in Betrieb genommen werden. Die neue Fabrik liegt direkt im holländischen Viehzuchtgebiet. Mit dem Erwerb dieser Fabrik dürfte die Grobkantons-Gesellschaft einen weiteren Schritt zur Abklärung des Weges zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher getan haben. Das erforderliche Rohmaterial kann unter Umständen direkt vom Erzeuger in die Fleischwarenfabrik der Grobkantons-Gesellschaft geliefert werden und dort zu den verschiedenen Fleischwaren verarbeitet und direkt durch die Konsumvereine an die Verbraucher geliefert werden.

Das erworbene Grundstück umfaßt etwa 3000 Quadratmeter, von denen etwa 2000 Quadratmeter bebaut sind. An nützbarer Fläche stehen für die Fabrikation von Fleischwaren rund 2500 Quadratmeter zur Verfügung. Die Leistungsfähigkeit dieser Fabrik beträgt wöchentlich 40.000 Kilogramm Wurstwaren. Besonderer Wert soll auf die Fabrikation einer billigen Konsumware gelegt werden, die trotz des billigen Preises in einer einwandfreien und guten Qualität schmeckt und farbbekaltend geliefert werden soll. Die Entwicklung der Fleischwarenbetriebe der Grobkantons-Gesellschaft beweist, daß die Genossenschaften sehr wohl in der Lage sind, auch dieses schwierige Gebiet zu meistern, wenn die zweckmäßigen Fabrikationseinrichtungen vorhanden sind und wenn sie über Personal verfügen, das zur Leitung dieser Betriebe unbedingt erforderlich ist.

Soziales.

Die Todesursachen im Jahre 1923. Die Veränderung des Altersaufbaues der Bevölkerung durch Kriegsverluste und Geburtenrückgang ändert — wie die kürzlich in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Tabellen zeigen — auch die Todesursachenstatistik ab, indem sie die Sterblichkeitsziffer für Altersstufen vergrößert und sie bei den für die Säuglinge typischen Todesursachen verringert. Bemerkenswert ist, daß die Influenzastatistik, die 1922 infolge der letzten Grippeepidemie gestiegen war, wieder auf etwa die Hälfte zurückging, jedoch noch immer bedeutend höher war als in der Vorkriegszeit. Die Tuberkulose, die Krankheit der armen Leute, ist von ihrem Tiefstand von 13,4 Todesfällen auf 10.000 Lebende im Jahre 1921 bis 1923 wieder auf 15 gestiegen, teils infolge der Unterernährung in der Inflationszeit, teils dadurch, daß nicht mehr wie unmittelbar nach dem Krieg die während des Krieges gestorbenen Tuberkulösen in der Unterernährung der Tuberkulosekranken ausfielen. Die Zahl der durch Selbstmord Gestorbenen hat sich nicht verändert. Dagegen ist die Sterblichkeit an den Folgen der Geburt sehr gestiegen. Allein das Kindbettfieber führte unter 1000 Geburten 1913 in 1,6 Fällen zum Tod der Mutter, 1922 in 2,47, 1923 in 2,88 Fällen, in Berlin sogar in 14, in Ham-

burg in 10,9 Fällen. Der Grund einer solchen Ausbreitung dieser Todesursache ist die Zunahme der Abtreibungen, die aber selbst erst eine Folge der größeren wirtschaftlichen Not der ärmeren Bevölkerung ist.

Eine neue Art der Volksfürsorge. Die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsanstalt Volksfürsorge in Hamburg kündigt eine sehr beachtliche neue Leistung für ihre Versicherten an. Mit Genehmigung des Reichsaufsichtsamts wird die Volksfürsorge ihren Versicherten, sofern für sie eine monatliche Prämie in der Volksversicherung von mindestens 2 Mk. entrichtet wird, ab 1. November 1925 eine „Gratifikationsversicherung“ auf den Todesfall in gleicher Höhe gewähren, so daß ohne Zahlung irgendeiner Zusatzprämie beim Tode infolge eines Unfalls stets die doppelte Versicherungssumme zur Auszahlung gelangt. — Bei der Lebensversicherung wird eine Mindestprämie zur Voraussetzung für die Sonderleistung der Volksfürsorge nicht gefordert. Sowohl in der Volks- als auch in der Lebensversicherung wird die Höhe der Sonderleistung in jedem einzelnen Fall auf 3000 Reichsmark nach oben begrenzt sein.

Auch diese neue Leistung der von Tag zu Tag wachsenden Volksfürsorge dürfte der erfolgreichen Werbearbeit ihrer Funktionäre allüberall zur Erreichung neuer Erfolge dienen.

Vermischtes.

Verstieben ist am 9. Oktober der Schöpfer der Deutschen Reichsverfassung, Dr. Hugo Preuss, ein aufrechter Demokrat, im Alter von 65 Jahren.

Der Bodenreformer Adolf Damaskus begeht am 24. November seinen 60. Geburtstag. Er ist Leiter des Bundes deutscher Bodenreformer, volkswirtschaftlicher Schriftsteller und Ehren doktor der Rechtswissenschaft der Universität Münster.

Eine Arbeiterhochschule in Oesterreich. Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat beschlossen, von dem Gelde, das die Partei aus dem Verkauf der von Partei und Gewerkschaften gemeinsam betriebenen und im Zusammenhang mit der allgemeinen Notlage aufgegebenen Hammerwerke gelöst hat, einen Teil dem Solidaritätsfonds der Gewerkschaftskommission zu überweisen, aus dem Rest des Erlöses aber einen besonderen Fonds zu bilden, dessen Erträge ausschließlich für Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse verwendet werden sollen. Dieser Fonds steht die Parteivertretung in die Lage, eine Arbeiterhochschule zu errichten. Die Arbeiterhochschule soll in Wien im Januar 1926 ihre Arbeit aufnehmen. Ihre Kurie werden sechs Monate dauern. Die Schüler und Schülerinnen sollen von den Parteibezirksgewerkschaften der Partei, von den Gewerkschaften und Genossenschaften vorgeschlagen werden. Die Schüler werden während der Schulzeit in einem geeigneten Heim leben und lernen können, ohne von Berufsarbeit und wirtschaftlichen Sorgen belästigt zu sein. Nicht nur Angehörige der Arbeiterbewegung, sondern auch jüngere Genossen und Genossinnen aus den Betrieben sollen in die Schule aufgenommen werden. Die Arbeiterhochschule wird einem eigenen Direktorium unterstellt sein, in dem neben der Partei auch die Gewerkschaften und die Genossenschaften vertreten sein werden.

Gefängnisstrafen für Vergehen gegen das Kartellgesetz. Um es vorweg zu sagen, nicht in Deutschland sollen Kartellstrafen ins Gefängnis kommen, sondern in der Tschechoslowakei. Dort wird von der Regierung ein Kartellgesetzentwurf vorgelegt, wodurch die Regierung weitgehende Befugnisse erhalten soll. So erlangt ein Kartellvertrag nur dann Geltung, wenn er vorher schriftlich niedergelegt und dem Handelsministerium unterbreitet wurde. Der Handelsminister ist zur sofortigen Auflösung der Kartelle berechtigt und ferner hat er das Recht, deren Bücher, Korrespondenzen und Lagerräume einer Durchsuchung zu unterziehen. Für Vergehen gegen das Kartellgesetz sind neben Geldstrafen auch Freiheitsstrafen vorgesehen. In der Tschechoslowakei faßt man also das Problem ganz anders an als bei uns. Hier wurde die bekannte Verordnung vom 2. November 1923, die an sich viel milder ist, von der Regierung kaum in Anwendung gebracht.

Die Unrichtigkeit des amtlichen Lebenshaltungsindezes. Erst im Frühjahr gelang es, an dem amtlichen Lebenshaltungsindezes gewisse Korrekturen vorzunehmen. Wie noch in Erinnerung steht, wurden die Verbesserungen dadurch erzielt, daß im Gegenjähre zur früheren Berechnungsmethode die Lebensgewohnheiten der Arbeitnehmer in bezug auf ihre Ausgaben — Mengen, Qualitäten der Ernährung und anderer Bedarfsbefriedigung — besser berücksichtigt und den veränderten Verhältnissen angepaßt wurde. Als der Index auf dieser Grundlage zum ersten Male berechnet wurde, zeigte sich sofort eine Erhöhung um 10 Proz. gegenüber dem alten Index. Der gegenwärtige Lebenshaltungsindezes, der die inzwischen erfolgte Linderung verzeichnet, wird auf 145 (1913=100) berechnet. Man kann trotzdem nicht sagen, daß dieser Lebenshaltungsindezes nur richtig wäre, und daß die Lebenshaltungskosten nur 45

Prozent über die Vorkriegshöhe ständen. Jeder Arbeitnehmer empfindet trotz des Index, daß dem nicht so ist. Auch der Ausländer, der hier lebt, wird angesichts der Lebensverhältnisse nicht glauben, daß Deutschland das billigste Land der Erde sei, wie es nach diesem Index scheinen könnte. Das „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 35) macht auf eine wichtige Fehlerquelle des Index aufmerksam, die bisher nicht berücksichtigt wurde. Beim Index handelt es sich um einen Vergleich der Vorkriegspreise mit den gegenwärtigen. Nun wird aber gezeigt, daß die vom Statistischen Amt zur Grundlage genommenen Vorkriegspreise viel höher sind, als sie vor dem Kriege in Wirklichkeit waren. So übersteigen die amtlichen Vorkriegspreise die wirklichen, wie sich aus den Preisen der Konsumvereinstellen und aus Warenhausangeboten vom Jahre 1913 ermitteln läßt, bei Brot um 27 Proz., bei Erbsen um 42 Proz., Spießbohnen um 56 Proz., Rindfleisch um 21 Proz., Kartoffeln um 81,5 Proz., Butter um 18 Proz. usw. Während man also bei der Berechnung des Lebenshaltungsindezes die heutigen Preise in der Regel so niedrig ansetzt, daß die Waren dafür nicht beschafft werden können, nimmt man Vorkriegspreise zur Grundlage, die viel höher sind, als die wirklichen. Auf diese Weise war es dann möglich, einen Index herzustellen, wo die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Vorkriegszeit viel geringer erscheint, als dies in Wirklichkeit der Fall ist. Man muß der Auffassung der erwähnten Zeitschrift auch in dem Punkte beipflichten, daß die richtige Bestimmung des Lebenshaltungsindezes nicht nur lediglich theoretische Interessen hat, sondern auch praktisch von erheblicher Wichtigkeit ist.

Von der Keramikindustrie.

Porzellanfabrik E. & A. Müller A.-G., Schönwald. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1924/25 war das Werk gut beschäftigt und warf einen Rohgewinn von 645 245 Mk. nach Abzug aller Lasten und von 55 838 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 87 880 Mk. ab. Die Dividende betrug 4 + 1 Prozent, Reserven 4394 Mk., Vortrag 33 486 Mk. Außerdem nahm das Werk beträchtliche Neu- und Umbauten vor und erwarb die stillgelegte Porzellanfabrik A. Dümmler & Co. Im neuen Geschäftsjahr war bisher die Beschäftigung gut. — Auch dieser Geschäftsbericht läßt erkennen, daß die Porzellanindustrie trotz ungünstiger Wirtschaftsverhältnisse erhebliche Gewinne und Wertzuwachs zu erreichen vermag, und daß alles auf Kosten der Beschäftigten.

Striegauer Porzellanfabrik A.-G. vorm. E. Müller & Co., Stanowitz. Dieses Unternehmen konnte bei guter Beschäftigung einen Reingewinn von 36 460 Mk. erzielen und 3637 Mk. auf neue Rechnung vortragen. Die Abschreibungen betrugen 9420 Mk.

Firmennachrichten. Da die Porzellanfabrik Neufiß G. m. b. H. die vorgeschriebene Umstellung nicht vornahm, wurde sie für nichtig erklärt. — Die Porzellan- und Fayencefabrik Springer & Co., Neuhaldensleben, heißt jetzt Porzellanfabrik Springer & Co., G. m. b. H., Neuhaldensleben. — Die Altroslauer Porzellanfabrik A.-G. in Karlsbad erzielte im Geschäftsjahr 1924/25 einen Rohgewinn von 1 882 238 Kronen. — Die Ludwig Wessel A.-G. stellte ihr Aktienkapital auf 1 005 000 Mk. um.

Versammlungsberichte.

Neuleinungen. Am 18. Oktober hielt die Zahlstelle Neuleinungen eine Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Provan, Mannheim, einen Bericht über die Generalversammlung in Magdeburg erstattete. Der Bericht war sehr anregend und sei vor allem die Verschmelzungsfrage unterstrichen. Die Anwesenden waren der allgemeinen Ansicht, daß die Verschmelzung nur zu begrüßen sei, denn je stärker der Hammer, desto größer die Schlagkraft. In sehr verständigen Ausführungen freite der Redner das Inflationsjahr 1923, und es sei ein Wunder, daß der Verband noch bestünde; dank der Hauptverwaltung, welche ihr ganzes Können dafür einsetzte und u. a. auch das Verbandshaus rettete. Zu bedauern sei, daß das Lohnabkommen nicht revidiert werden könne, trotz unzureichender Löhne. Nachdem Kollege Provan noch über Beitragsleistung sprach, mit der Bitte um korrekte Einhaltung der gefakten Beiträge der Generalversammlung, schloß der Vorsitzende Trumpf unter Dankesworten an Kollegen Provan die anregend verlaufene Versammlung.

Literarisches.

Die „Urania“ — Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Sena — beginnt mit dem Oktoberheft ihren 2. Jahrgang. Auflage wie „Blutsverwandtschaft im Pflanzenreich“. Die Mechanik des Denkens“, „Was jeder von der Abstammungslehre wissen sollte“, lassen erkennen, worauf es dem Verlag ankommt. Für viele Gefinnungsfreunde wird das Veranlassung sein, sich den Bezug

des „proletarischen Kosmos“, die „Urania“ zu sichern. Der Preis des Abonnements beträgt vierteljährlich für drei reich illustrierte Hefte und eine umfangreiche Buchbeigabe 1,60 M.-Mk. mit broschiertem Buchbeigabe und 2,25 M.-Mk. mit gebundener Buchbeigabe.

Vom Fachblatt der Maler liegt Heft 7 vom 1. Oktober 1925 vor. Inhalt und Ausstattung reihen sich würdig den bisher erschienenen Heften an. Der Malerverband hat sich mit Herausgabe dieses Fachblattes ein großes Verdienst erworben. Freunden der Farbe werden sie empfohlen. Es erscheint am 1. jeden Monats und kann durch die Post, den Buchhandel oder direkt vom Verlag, Hamburg, Alsterterrasse 10, bezogen werden. Abonnement vierteljährlich 4,50 Mk.

„Die Frauenwelt“ steht mit ihrem neuen Heft 22 unter dem Reichen des Goethewortes: „Wir bekennen uns zu dem jungen Geschlecht, das aus dem Dunkel in das Helle strebt.“ Die Modenschau und die Modebeilage „Die schaffende Frau“ umfassen zusammen sechs Seiten und vom nächsten Heft ab können Abblattnuster zu allen Handarbeitsmustern geliefert werden. Jedes Heft der „Frauenwelt“ kostet 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Volksbuchhandlungen.

„Die Gemeinde“, die Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Das neue Heft der „Gemeinde“ bringt außerdem eine große Zahl wichtiger Mitteilungen und Notizen aus der Rechtspflege, den Parlamenten, Ländern und Gemeinden. Bezugspreis der Zeitschrift monatlich 60 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Volksbuchhandlungen.

Adressenänderungen.

Wahrenth. Revier Fritz Grüner wohnt jetzt Wahrenth, Gravenreutherstr. 15.

Schwanborn. Vorstehender Josef Weiß wohnt jetzt Schwanborn, Wöhrvorstadt 27 A.

Quittungen.

Für den invaliden Kollegen Alfred Weiske gingen nachträglich noch 3 Mk. von der Zahlstelle Blaue ein. Auch diesen Gebern innigen Dank. Bereits quittiert 61 Mk. Summa: 64 Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Zahlstelle Kobach. J. A.: Karl Herr.

Für den kranken Kollegen Hub. Weiß gingen folgende Beträge ein: Kahla, Arzberg, Suhl je 5,—; Spandau 4,—; Schirnding, Berlin, Mitterteich, Tiefenfurt, Golditz, Waldenburg, Annaburg, Schönwald, Teltow, Stablengsfeld, Oberhobendorf, Markredwitz, Driesen, Borsdorf, Hennigsdorf, Plau, Margarethenhütte, Kobach je 3,—; Schleusingen, Meuselwitz, Grünstadt, Witten, Planenbain, Meiningen, Naunheim je 2,— Mk. Zusammen 84,— Mk. Im Namen des Kollegen Weiß sowie der Zahlstelle Mäbendorf allen Gebern reichen Dank. Carl Schweigert, Kassierer.

Für unseren inzwischen verstorbenen Kollegen Baumayer gingen folgende Beiträge ein: Kahla, Arzberg je 5,—; Schirnding, Berlin, Mitterteich, Tiefenfurt, Golditz, Waldenburg, Annaburg, Spandau, Teltow, Coburg, Golditz, Kobach, Berlin, Markredwitz, Schornborn, Plau, Driesen je 3,—; Meuselwitz, Freital, Teltow, Meiningen, Witten, Naunheim, Plauen, Grünstadt je 2,— Mk. Summa: 77,— Mk. Im Namen der Witwe des verstorbenen Kollegen Baumayer und der Zahlstelle Schleusingen herzlichen Dank. J. A.: Andreas Hoffmann, Kassierer, Schleusingen.

† Sterbetafel †

Dresden. Reinhold Herben, Porzellanarbeiter, geboren 14. 8. 1887, gestorben bei Magenoperation. Organisiert seit 1910. — Karl Frell, Mühlenarbeiter, geboren 2. 10. 1867, gestorben bei Magenoperation. Organisiert seit 1916. — Erich Schumann, Dreher, geboren 13. 6. 1906, gestorben an Bauchfellentzündung. Organisiert seit ? — Wilhelm Hauschick, Brenner, geboren 5. 12. 1872, gestorben bei Magenoperation. Organisiert seit 1918. — Charlotte Langhammer, Sortiererin, geboren 27. 11. 1888, gestorben an Magenkrebs. Organisiert seit 1920. — Ilsema, Otto Holzhey, Former, geboren 10. 9. 1872, gestorben an Asthma. Organisiert seit 1892. — Köpplsdorf (Mehaus). Oskar Rost, Maffelschläger, geboren am 16. 5. 1885, gestorben infolge Unfall. Kollege Rost wurde von einem Motorradfahrer überfahren und war sofort tot. Organisiert seit 1911. — Rupp. Franz Karl, Hofarbeiter, geboren 21. 4. 1895, gestorben an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1920. Ehre ihrem Andenken!



Gold u. Silber und alle in der Porzellanmalerei vorkommenden Abfälle taufen zu Tagespreisen
Otto & Hellmut Heisert, Gold-Schmelzanstalt, Zwickau i. Sa.
Gegründet 1896

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und
(188/14) **das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt.**
Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt.
Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Berolinastr. 25. Zwickau, West. 1906.

Gold-Schmelzanstalt W. H. Ortleb
Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldschmelz- u. Lappen. — Ausschöste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1 gr gute Goldschmelze, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. 21/14.

Porzellangehirnfabrik stellt noch einige Notie
Porzellanmaler
für Rand-, Band- und Sternverzierungen ein. Nach 3monatiger Tätigkeit wird Reisevergütung gewährt. Angebote unter „305b“ an die „Ameise“

Einrichter
für sanitäre Spülwaren, der auch Formen gießen kann, für sofort gesucht.
Striegauer Porzellanfabrik
G. m. b. H.
Hornberg (Schwarzwaldkreis).

Goldhaltige
Näse, Lappen, Pinself, Flaschen, Schmirer, Matratzenlappen.
Schmelze jeden Posten einzeln aus und bezahle das gewonnene Gold nach Güte und Gewicht zu höchsten Preisen. (231/44)
M. Köhler, Inh. H. Müller
Dresden-N., Gerichtsstraße 3 II.
Gegründet 1911.
Reelle Bedienung. Sofort Kasse.

Modellleur u. Gipsformer
gesucht. Ledige werden bevorzugt. (304 b)
Altengefellschaft
Norddeutsche Steingutfabrik
Groß bei Bremen.

Schleifer, lebia, mit allen vorkommenden Arbeiten der Geschirrbearbeitung betraut, sucht seine Stellung alsbald zu verändern. Angebote unter „F. 198“ an „Die Ameise“ erbeten.
Verbeirater, tüchtiger Formgießer, mit allen Arbeiten betraut, sucht seine Stellung zu verändern. Offerten an „Die Ameise“ unter „F. 201“.
Junge Dreher, 22 Jahre, perfekt in Reister, sowie allen and. Dreharbeiten, wünscht sich zu verändern. Gest. Angebote unter „F. 200“ an die Gesch. d. Bl. erbeten.
Schalenbrecher, lebig, 22 Jahre, an flotter, sauberes Arbeiten gewöhnt, wünscht seine Stellung zu ändern. Anschriften an die Redaktion der „Ameise“ unter „F. 197“ erbeten.

Goldabfälle jeder Art (178/44)
wie Lappen, Schmiere, Asche, gebranntes Gold, Flaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Flüssige Glanzgold- und Poliergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.
H. Langhammer, Goldverkaufsgesellschaft, Witten i. Sachsen.

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.
Goldschmelzanstalt / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Bestes Einkaufsgeschäft dieser Art (212/44)

Goldschmied, Goldlappen, Asche und Goldschmelze
und alle in der Vergolderie vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher und reeller Bedienung (207/44)
Oskar Rottmann
Stadtlin in Jöhningen.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene
Volksfürsorge
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Jüngerer, verheirateter Porzellanmaler für Kunst- und Freizeitmalerie in Unterlagur (Keramikarbeiten), sowie Gebrauchsgeschirre in jeder Ausführung Aufgussur sucht sich baldigst zu verändern, ev. auch als Malermeister. Offerten unter „F. 199“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.
Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: Wilh. Herden, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.
Druck: E. Sanitzewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29